

CDU-Präsidium zu Reykjavik:

Tür zum Gipfeltreffen ist weiterhin offen

Das Präsidium der CDU unterstützt die Bemühungen von Bundeskanzler Helmut Kohl, den Prozeß der Verständigung zwischen den beiden Weltmächten über Abrüstung und Rüstungskontrolle weiter voranzutreiben, heißt es in einer Erklärung nach der Sitzung vom 20. Oktober 1986 in Bonn.

Das Treffen von Reykjavik hat sich als wichtige Etappe des West-Ost-Dialogs erwiesen. Noch nie zuvor in der Geschichte der Abrüstungsverhandlungen sind sich die Verhandlungspartner so nahe gekommen. Auf der Basis dieser erreichten Ergebnisse sind Erfolge bei den Abrüstungsverhandlungen in Genf insbesondere bei den Mittel- und Kurzstreckenwaffen sowie beim weltweiten Verbot chemischer Waffen in greifbare Nähe gerückt. Die Tür zu einem weiteren Gipfelgespräch zwischen dem Präsidenten der USA und dem Generalsekretär der KPdSU ist weiterhin offen.

Die Fortschritte in Reykjavik waren möglich, weil die Bundesrepublik Deutschland in den Fragen der Sicherheit und Verteidigung Festigkeit bewiesen und dadurch das Bündnis gestärkt hat. Einigkeit und Solidarität im Bündnis sind die Voraussetzung für weitere Fortschritte in den Abrüstungsverhandlungen.

Die CDU hält an der Freundschaft und Verteidigungsgemeinschaft mit den USA und den Partnern

(Fortsetzung Seite 2)

Wahlkampf '87

HEUTE AKTUELL

● Neue Heimat

Betriebsräte erheben schwere Vorwürfe gegen den DGB.
Seite 3

● Abrüstung

Atomwaffenfreie Zone: Die falsche Illusion von mehr Sicherheit.
Seite 5

● Wirtschaft

Herbstgutachten bestätigt den wirtschafts- und finanzpolitischen Kurs der Bundesregierung.
Seite 7

● Agrarpolitik

Auszüge aus der Rede von Helmut Kohl auf einer Zielgruppenveranstaltung der CDU in Oldenburg.
Seite 13

● Öffentlichkeitsarbeit

Vorstellung von Materialien für den Winterwahlkampf.
Seite 19

● Dokumentation

Norbert Blüm: Unsere Bilanz ist eine Erfolgsbilanz — Solidarität und Stabilität zahlen sich aus. (grüner Teil)

Seiters: Vogel Haltung ist unglaublich

Zu dem Verhalten des SPD-Fraktionsvorsitzenden Hans-Jochen Vogel auf dem IG-Metall-Kongreß in Hamburg erklärt der 1. Parlamentarische Geschäftsführer der CDU/CSU-Bundestagsfraktion, Rudolf Seiters: Es ist ein unglaublicher Vorgang, daß der Vorsitzende der Oppositionsfraktion im Deutschen Bundestag und frühere Bundesjustizminister die unqualifizierte Kritik an dem rechtmäßigen Vorgehen von Untersuchungsausschuß und Gericht im Falle Lappas durch „sein Beklatschen“ unterstützt.

Es verschlägt einem buchstäblich die Sprache, wie ein Jurist vom Schlag Vogels der emotionsgeladenen Äußerung eines Gewerkschaftsvorsitzenden „Er fühle sich an 1933 erinnert“ durch heftiges Applaudieren beipflichten kann, obwohl ihm genau bekannt ist, daß der Untersu-

(Fortsetzung von Seite 1)

im westlichen Bündnis fest. Nur auf dieser Grundlage können wir unsere Freiheit erhalten und unser Ziel, Frieden zu schaffen mit immer weniger Waffen, erreichen. Deshalb unterstützt die CDU die Position des amerikanischen Präsidenten und begrüßt die Unterstützung aller NATO-Partner für den amerikanischen Präsidenten anlässlich der NATO-Ratssitzung am 13. Oktober.

Die CDU fordert die Führung der UdSSR auf, zu ihrer vor Reykjavik erklärten Haltung zurückzukehren und ein Abkommen über die Mittelstreckenwaffen abzuschließen. Es liegt jetzt vor allem an der Sowjetunion, ob es zu einem Abkommen über die Abrüstung bei den Mittelstreckenraketen kommt.

chungsausschuß ein Recht anwendete, das ihm seine eigene Funktionsfähigkeit garantiert.

Hiernach stellt sich doch die Frage, ob Vogel tatsächlich will, daß Zeugen künftig vor Untersuchungsausschüssen je nach Belieben aussagen oder schweigen sollen.

Das Verhalten von Lappas war eine Brüskierung des vom Volk gewählten Parlaments, das durch nichts zu rechtfertigen ist. Das Parlament hat vom Grundgesetz her den Auftrag, durch Untersuchungsausschüsse Mißstände aufzuklären. Auch Vogel sollte sich hieran erinnern.

Zitate zur Neuen Heimat

„Wir bringen unsere Empörung dadurch zum Ausdruck, daß wir die Verantwortlichen im DGB — allen voran Herrn Breit — zum Rücktritt auffordern.“

(Resolution der Mitarbeiter und Betriebsräte NH NRW)

„Die Neue Heimat ist verkauft. Der Schritt war unvermeidlich. Über Form und Verfahren muß man sich als Gewerkschafter schämen.“ (Detlef Hensche, stellv. Vorsitzender der IG Druck und Papier)

Durch „Betrug, Selbstbereicherung und Mißmanagement“ bei der NH sei die Idee der Gemeinnützigkeit „bis zur Unkenntlichkeit verstümmelt“ worden.

(Monika Wulf-Mathies, ÖTV-Vorsitzende)

Kaufvertrag des Jahres

„Der Kaufpreis für die Geschäftsanteile der NH beträgt 1,— DM und ist sofort zur Zahlung fällig.“

(Paragraph 2 des Vertrags über den Verkauf der Neuen Heimat zwischen dem Schiesser-Unternehmen „Die Neue Gesellschaft“ und der Gewerkschaftsholding BGAG.)

Betriebsräte erheben schwere Vorwürfe gegen den DGB

Harte Vorwürfe gegen den Deutschen Gewerkschaftsbund (DGB) äußerten die Betriebsräte der Neuen Heimat Nord, der Nordwestdeutschen Siedlungsgesellschaft (NWDS) sowie der Neuen Heimat Holding in einem offenen Brief an den DGB-Bundesvorstand. Wörtlich heißt es darin:

Liebe Kolleginnen, liebe Kollegen, als Mitarbeiter, Betriebsräte und langjährige Gewerkschaftsmitglieder sehen wir uns vor dem Hintergrund des spektakulären Verkaufs der Neuen Heimat veranlaßt, unsere Kritik jetzt auch öffentlich zu äußern, denn gewerkschaftliche Forderungen und die Zusagen an die Mitarbeiter sind bei dem „Handel“ nicht eingelöst worden.

Kapital- und Arbeitnehmerinteressen

Im Schreiben des Kollegen Dr. Hoffmann vom 23.5.1986 (Vorsitzender der Geschäftsführung der NH bis 30.9.1986) wurde allen Mitarbeitern im Unternehmen zugesichert, „daß bei der Bewältigung der wirtschaftlichen Probleme der NH die Interessen der Arbeitnehmer zumindest gleichrangig neben den Kapitalinteressen berücksichtigt werden“. Der DGB und seine Gewerkschaften haben dies in Aufsichtsratsbeschlüssen bekräftigt. Die Delegierten des 13. DGB-Bundeskongresses haben im Mai d.J. beschlossen, daß die Interessen der Beschäftigten der NH nach gewerkschaftlichen Grundsätzen zu wahren sind.

Wir meinen, eine gleichrangige Behandlung hat nicht stattgefunden. Obwohl ein realistisches Sanierungskonzept für die NH bis heute nicht vorliegt, ist im Kaufvertrag zwischen der Gewerkschaft und dem neuen Eigentümer festgelegt, daß ca. 400 Mitarbeiter kurzfristig ihren Arbeitsplatz bei der

NH verlieren. Die frühzeitige Kündigung der Schutzregelungen und des Haustarifvertrages durch die alte Geschäftsführung hat das „Geschäft“ sogar vereinfacht. In Zahlen ausgedrückt nehmen sich die Kosten für den Sozialplan von 50 Mio. DM auch eher bescheiden aus gegenüber den Liquidationshilfen des DGB in Höhe von 1 400 Mio. DM für den neuen Eigentümer.

Sozialplan

Mit internen und öffentlichen Informationen des DGB wird der Eindruck vermittelt, als handele es sich bei dem jetzt abgeschlossenen Sozialplan um ein vorbildliches und beispielhaftes Werk gewerkschaftlichen Handelns. Auch bleibt unerwähnt, daß die Mitarbeiter bereits seit 1982 eine Verschlechterung der Sozialleistungen hinnehmen mußten. Wir stellen fest, daß das für die Notsituation abgeschlossene alte Rationalisierungsschutzabkommen die Arbeitnehmerinteressen am besten geschützt hatte. Dieses Schutzabkommen habt Ihr gekündigt.

Der im Zusammenhang mit dem Verkauf der NH von der bisherigen Geschäftsführung unter Zeitdruck erzwungene Sozialplan soll die nachteiligen Auswirkungen hinsichtlich

- der Gehaltsreduzierung für alle Mitarbeiter
- der beabsichtigten „Freisetzung“ von ca. 400 Mitarbeitern
- der gekündigten Sozialleistungen ausgleichen. Gemessen an den bisherigen Regelungen sind im Sozialplan erhebliche Verschlechterungen für die Mitarbeiter festgelegt worden. So werden erworbene Rechte, wie z.B. die Kündigungsfristen, abgebaut. Noch schlimmer sind die Aus-

wirkungen für die 50jährigen und älteren Mitarbeiter, die trotz langjähriger Betriebszugehörigkeit ihre bisherige Unkündbarkeit verlieren. In der „Welt der Arbeit“ vom 2.10.1986 (Anm.: Wochenzitung des DGB) liest sich dies allerdings ganz anders. Wir wären zufrieden, wenn die Mitarbeiter eine vergleichbar gute Absicherung erhalten hätten, wie sie der Aufsichtsrat einigen Geschäftsführern noch zu Beginn dieses Jahres zugestanden hat.

Absicherung der Sozialplanleistungen

Vor dem Hintergrund der ungewissen Zukunft der NH hat die finanzielle Absicherung der Sozialplanleistungen im Falle des Konkurses für die Mitarbeiter besondere Bedeutung. Eine Garantieerklärung der BGAG (Anm.: Beteiligungsgesellschaft für Gemeinwirtschaft des DGB) für die Erfüllung der Leistungen ist uns jedoch nicht zugestanden worden. Für die Abdeckung der Risiken des neuen Eigentümers wurden aber Hilfen in Milliardenhöhe zugesichert.

Mitbestimmung

Die gewerkschaftliche Forderung auf umfassende und rechtzeitige Information der Arbeitnehmer ist beim Verkauf der NH auf der Strecke geblieben; erste und weitergehende Informationen haben wir der Presse entnehmen müssen. Bis heute ist den innerbetrieblichen Arbeitnehmervertretern im Aufsichtsrat der Kaufvertrag nicht bekannt.

Im „INFO intern“ Nr. 9 des DGB ist dargestellt, daß der vorgesehene Personalabbau von 2500 auf 2100 Arbeitsplätze gemeinsam mit den Arbeitnehmern vereinbart worden ist. Dies ist falsch. Bis heute liegt den Betriebsräten keine Personalplanung vor. Vielmehr hat der DGB über die Köpfe der Betriebsräte hinweg mit dem neuen Eigentümer vereinbart, daß 400 Mitarbeiter — alles Gewerkschafter — ihre Arbeitsplätze kurzfristig bei der NH verlieren sollen; der neue Eigentümer kann die verbleibenden Mitarbeiter auswählen.

Art und Umstände des Verkaufs der Neuen Heimat durch Topmanager des DGB haben die Gewerkschaften in eine Vertrauenskrise gestürzt; der angerichtete Schaden für die gewerkschaftliche Arbeit und die Durchsetzung der Forderungen ist unübersehbar. Mit der Verletzung von Arbeitnehmerinteressen durch den DGB ist auch die Glaubwürdigkeit der Gewerkschaften in Frage gestellt. Gemessen an Euren Aussagen und Forderungen können und wollen wir Euch nicht aus der Verantwortung für die Mitarbeiter entlassen. Wir fordern Euch deshalb auf, im Interesse der Ehrlichkeit und der Glaubwürdigkeit unserer Organisation, Euch der Verpflichtung gegenüber den Arbeitnehmern bei der NH nicht zu entziehen.

„Bevor Ihr daran geht, die Welt zu verbessern, geht dreimal durch das eigene Haus.“ Die Betriebsräte der Neuen Heimat Nord, NWDS, Neuen Heimat Holding.

Elektroloks ohne Heizer

Obwohl in Großbritannien Elektroloks schon vor fast 20 Jahren eingeführt wurden, fuhren bis jetzt immer noch Heizer mit. Erst in dieser Woche einigte sich die britische Bahn mit der Eisenbahngewerkschaft darauf, die Heizerstellen abzubauen.

„Made in Germany heißt wieder was“

Über 54 % der Befragten verbanden bei einer Untersuchung des Sample-Instituts (Mölln) in sechs europäischen Staaten die Herkunftsbezeichnung „Made in Germany“ mit einer hohen Qualitätsgarantie. Mit weitem Abstand in der Wertschätzung folgte „Made in Japan“, das von 32 % als Qualitätsbeweis angenommen wurde. Auf den Plätzen rangieren die Herstellerländer Frankreich (21 %) und USA (18 %).

Atomwaffenfreie Zone: Die falsche Illusion von mehr Sicherheit

Entgegen ihren Ankündigungen hat die SPD ihre Verhandlungen mit der kommunistischen SED auch während des Bundestagswahlkampfes fortgesetzt, erklärte Generalsekretär Heiner Geißler zu der SPD/SED-Grundsatzvereinbarung über eine atomwaffenfreie Zone

Die deutschen Sozialdemokraten täuschen die Bevölkerung über den wahren Charakter der Verhandlungen. Hier führen nicht gleichberechtigte und demokratisch legitimierte politische Parteien Gespräche. Egon Bahrs Verhandlungspartner sind Vertreter einer kommunistischen Partei, die Teil des Staatsapparates ist und deren politische Macht nie von der Bevölkerung im anderen Teil Deutschlands demokratisch legitimiert worden ist.

Die Gespräche haben aus der Sicht der SED nur ein Ziel, nämlich mit Hilfe der SPD eine propagandistische und völkerrechtliche Aufwertung der DDR in der Bundesrepublik Deutschland zu erzielen. Die SED und ihr Machtapparat handeln nicht im eigenen Auftrag, sondern ihre Aktivitäten sind Teil der sowjetischen Westpolitik.

Schon Lenin hat die Strategie entwickelt, daß die sowjetische Außenpolitik sich die Innenpolitik und die demokratischen Parteien in den westlichen Demokratien für ihre Ziele nutzbar machen solle. An dieser Strategie hat sich bis zum heutigen Tag nichts geändert. Dies kann man weder der Führung der DDR noch der Sowjetunion vorwerfen, wohl aber den Vertretern der deutschen Sozialdemokratie, die sich im Sinne dieser sowjetischen Westpolitik instrumentalisieren lassen.

Die Verhandlungen der SPD mit der SED beeinträchtigen die außenpolitische Position der Bundesregierung, da die Regierungen der Sowjetunion und der DDR dadurch die Möglichkeit erhalten, bei internationalen Verhandlungen Regierung und Opposition der Bundesrepublik Deutschland gegeneinander auszuspiesen.

Letztlich nimmt die SPD durch ihre Vereinbarungen mit der SED eine politische Selbstbindung für die Zukunft in Kauf, die die Sowjetunion bei jeder ihr günstig erscheinenden Gelegenheit einfordern kann.

Zum gleichen Thema erklärt der stellvertretende Vorsitzende der CDU/CSU-Bundestagsfraktion, Volker Rühe: Die SPD/SED-Grundsatzvereinbarung über eine atomwaffenfreie Zone in Mitteleuropa ist ein erneutes Beispiel der destruktiven Sicherheitspolitik der SPD: Während Amerikaner und Sowjets in Reykjavík bereits erste Übereinstimmungen für weltweit drastische Abrüstungsschritte gefunden haben, setzt sich die SPD für Rüstungsverlagerungen aus einer Zone in andere ein. Sie versucht mit der atomwaffenfreien Zone die falsche Illusion von mehr Sicherheit in Mitteleuropa zu erzeugen: statt der von den Menschen gewünschten „Abrüstung in Sicherheit“ tritt die SPD ein für „Unsicherheit durch destabilisierende Rüstungsverlagerungen“.

Die CDU/CSU verurteilt dieses von der SPD inszenierte Störmanöver gegen die laufenden Abrüstungsbemühungen. Denn wer sich ernsthaft für die baldmögliche Umsetzung heute schon realisierbarer Abrüstungsschritte einsetzt, der wendet sich jetzt gegen das von der Sowjet-

union seit Reykjavik aufgestellte Junktim zwischen Mittelstreckenwaffen und SDI und lenkt nicht von diesem Problem ab. Daß die SPD ihre Gespräche mit der SED nicht für ein gemeinsames Eintreten für die Aufhebung des sowjetischen Junktims genutzt hat, zeigt, daß die SPD wieder einmal in ihrem falschen Profilierungseifer mit den aktuellen und konkreten Abrüstungsfragen nichts anzufangen weiß.

Bundesminister Heinrich Windelen erklärt dazu: Die zwischen SPD und SED ausgehandelten „Grundsätze“ über einen atomwaffenfreien Korridor in Mitteleuropa sind nicht nur sicherheitspolitisch höchst fragwürdig; sie bringen vielmehr auch die innerdeutschen Beziehungen ins Zwielicht. Gerade weil die beiden Staaten in Deutschland wichtige Partner ihrer jeweiligen Bündnisse sind, wird die konkrete Ausgestaltung ihrer Beziehungen in Ost und West mit großer Aufmerksamkeit verfolgt.

Sicherheitspolitische Sonderwege können nur zu Argwohn und Mißtrauen führen. Grundvoraussetzung für die stetige Weiterentwicklung der innerdeutschen Beziehungen ist daher die unbestreitbare Bündnisloyalität der Bundesrepublik Deutschland.

Mit ihrer „Nebenpolitik“ im Zusammenspiel mit der SED mißachtet die SPD die grundlegenden Bedingungen der innerdeutschen Beziehungen. Auch wenn es sich dabei um inkompetente Absprachen auf der „Parteischiene“ handelt, bleibt dies nicht ohne Außenwirkung.

Mit ihrer eigenen bündnispolitischen Unzuverlässigkeit schädigt die SPD zugleich auch das Ansehen der Bundesrepublik Deutschland als zuverlässiger Partner des westlichen Bündnisses. Sie schädigt damit auch die Voraussetzungen für eine weitere Ausgestaltung der innerdeutschen Beziehungen.

Mehr Geld für Stiftung „Mutter und Kind“

Die Anhebung der Mittel für die Stiftung „Mutter und Kind“ auf 80 Mio. DM stellt einen weiteren Schritt zum umfassenden Schutz des ungeborenen Kindes und zur Unterstützung von Frauen in Notlagen dar. Von der Opposition bekämpft, von Teilen von Pro Familia boykottiert, hat diese Bundesstiftung von 1984 bis jetzt weit über 60 000 Frauen und Familien geholfen. Die CDU/CSU — so MdB Herbert Werner — dankt all den Beratungsstellen, die durch die Weitergabe von Stiftungsmitteln im Einklang mit der Forderung des Bundesverfassungsgerichts vom Februar 1975 in erster Linie zum Schutz der ungeborenen Kinder beraten.

Die Berater weisen zu Recht auf die Notwendigkeit einer Kombination von Einmal- und Langzeithilfen hin. Einmalbeträge der Stiftung sind gut. Ergänzende Hilfen zu diesen Einmalbeträgen sind notwendig. Diese gibt es außerhalb der Sozialhilfe leider nur in den unionsgeführten Ländern, nicht in den SPD-Ländern. Dort lehnt die SPD teilweise bis auf die kommunale Ebene hinab ab, spezielle Hilfen für Schwangere bereitzustellen.

Hier ist der SPD-Kanzlerkandidat gerufen; doch der sagt in seinem Wahlprogramm kein Wort zum Schutz ungeborener Kinder, lehnt eine landeseigene Stiftung ab und reduziert die Zuschüsse für Kindergärten und Schulen. Wann werden die SPD-Länder das wohnortbedingte Zweiklassenrecht der Frauen endlich beseitigen und nach dem Beispiel Baden-Württembergs Landestiftungen schaffen, die besonders einkommensschwachen Familien und Frauen vom Kauf einer Wiege bis zur Umschuldung helfen können?!

Herbstgutachten: Der Kurs stimmt

Am 20. Oktober 1986 haben die wirtschaftswissenschaftlichen Institute ihr Herbstgutachten veröffentlicht. Es bestätigt den erfolgreichen Kurs der Bundesregierung; Nachfrage und Produktion nehmen wieder in beachtlichem Tempo zu: „Die Voraussetzungen für ein Anhalten der konjunkturellen Aufwärtsbewegung in der Bundesrepublik sind günstig.“

Die deutsche Wirtschaft bleibt nach den jetzt bekanntgegebenen Prognosen der Wirtschaftsforschungsinstitute auch 1987 auf dem eingeschlagenen Wachstumspfad von 3 %. Von entscheidender Bedeutung für die positive Einschätzung der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung sind die zahlreichen Konjunkturanstöße, die von der Wirtschaftspolitik der Bundesregierung bisher ausgingen: „Die Finanzpolitik hielt zwar grundsätzlich an ihrem Konsolidierungskurs fest, förderte die Nachfrage jedoch durch die erste Stufe der Steuersenkung, durch weitere steuerpolitische Maßnahmen und nicht zuletzt durch eine Ausweitung der öffentlichen Investitionen.“

Grundsätzlich werden auch die weltwirtschaftlichen Rahmenbedingungen dazu beitragen, daß die deutsche Wirtschaft weiterhin auf Expansionskurs bleibt. Denn das Herbstgutachten geht von folgenden Entwicklungen aus:

- Die USA werden ihre expansive Geldpolitik wegen der verstärkten Inflationsgefahr aufgeben,
- Nachfrage und Produktion werden auch im nächsten Jahr in den Industrieländern weiter steigen,
- der Zuwachs des realen Bruttosozialprodukts der westlichen Industrieländer wird 1987 im Durchschnitt mit rund 3 % höher sein als 1986 (2,5%).

Der Vorwurf der Opposition, die Bundesregierung sei wirtschaftspolitisch untätig, wird durch das Herbstgutachten eindeutig widerlegt:

- „Mit der . . . Senkung der Steuern . . ., sowie der Halbierung der Abschreibungsfrist für Wirtschaftsbauten gibt die Finanzpolitik in diesem Jahr aber auch Impulse für die gesamtwirtschaftliche Nachfrage.“
- „Die Ausgaben für öffentliche Investitionen steigen in diesem Jahr erstmals seit 1978 wieder deutlich.“
- „. . . die ‚Staatsquote‘, die 1982 mit 49 % ihren höchsten Stand erreicht hatte, (wurde) weiter — auf 45,5 % — vermindert.“ Entscheidende Triebkraft der Konjunktur ist der private Verbrauch geworden. Dieser Konjunkturmotor hat zu einem deutlichen Anstieg der Käufe langlebiger Gebrauchsgüter geführt, insbesondere zu einem regen Absatz von Personenkraftwagen und Einrichtungsgegenständen.
- Auch die Unternehmen und die Gemeinden vertrauen immer mehr auf die solide Wirtschaftspolitik der Bundesregierung. Dies zeigt sich vor allem an der beschleunigten Zunahme der Anlage- und Ausrüstungsinvestitionen:
- „Die realen Bruttoanlageinvestitionen sind 1986 erstmals seit Jahren wieder deutlich aufwärts gerichtet.“
- „Relativ lebhaft nimmt seit der Winterpause der öffentliche Bau zu . . . Hier spielen offenbar größere Anstrengungen im Bereich des Umweltschutzes eine bedeutende Rolle.“
- „Während am Anfang des Aufschwungs noch die Ersatz- und Rationalisierungsinvestitionen, . . . im Vordergrund standen, werden nun vermehrt die bauintensiven Erweiterungsinvestitionen vorgenommen.“

- „Die Ausrüstungsinvestitionen haben im Verlauf dieses Jahres, . . . , weiter kräftig zugenommen, . . .“

Durch den kräftigen Produktionsanstieg hat sich nicht nur der Auslastungsgrad der Sachkapazitäten merklich erhöht, sondern war die Entwicklung der Erwerbstätigen-Zahl im Jahresverlauf 1986 stetig nach oben gerichtet. Die Lebenshaltungspreise gingen dabei seit Jahresbeginn um fast 1 % zurück.

Auch für das nächste Jahr bleiben die Wirtschaftsforschungsinstitute optimistisch. Die Wende in der Wirtschaftspolitik zeigt jetzt — vier Jahre nach ihrem Beginn — ihre Erträge:

- „Absatz- und Ertragserwartung bleiben insgesamt positiv . . . Die Gewinne steigen weiter . . .“

● „Alles in allem kann für den Verlauf des kommenden Jahres abermals mit einem deutlichen Anstieg der Ausrüstungsinvestition gerechnet werden.“

- „Die Belebung der Baunachfrage hält an, der Anstieg der Bauinvestitionen wird sich im nächsten Jahr etwas verstärken.“

● „Der private Verbrauch wird im nächsten Jahr nochmals beträchtlich zur Steigerung der gesamtwirtschaftlichen Nachfrage beitragen.“

- „. . . werden die Renten entsprechend der günstigeren Einkommensentwicklung im Jahre 1986 mehr als zuvor erhöht.“

● „So dürfte das staatliche Defizit um 3 bis 4 Milliarden DM sinken; . . .“

- „Insgesamt wird die Zahl der Beschäftigten im Laufe des nächsten Jahres wahrscheinlich um annähernd 250 000 zunehmen, . . .“

Alles in allem: eine weitere Expertise, die die hervorragende Wirtschaftspolitik der Bundesregierung unterstreicht. Denn auch die Bundesbank hatte bereits in ihrem Septemberbericht festgestellt:

- „Gemessen am Produktionswachstum je Einwohner liegt die Bundesrepublik Deutschland zur Zeit international in der Spitzengruppe, und zwar vor den USA und Japan.“

- „Seit dem Tiefpunkt der Beschäftigungsentwicklung hat über eine halbe Million Erwerbspersonen einen neuen Arbeitsplatz gefunden. Damit ist inzwischen die Hälfte des drastischen Beschäftigungsrückgangs in den Jahren 1980 bis 1983 wieder wettgemacht.“

Die Aussichten, daß sich die konjunkturelle Aufwärtsentwicklung fortsetzt, schätzt auch die **Bundesbank** in ihrem kürzlich veröffentlichten Oktoberbericht als ausgesprochen günstig ein. Denn anders als früher ist die Preissteigerungsrate sogar seit Beginn des Aufschwungs mehr und mehr zurückgegangen. Der Aufschwung hat somit ein solides Fundament. Allen Unheilspropheten und Pessimisten ist damit endgültig der Wind aus den Segeln genommen.

Der stärkste Konjunkturimpuls geht jetzt vom privaten Verbrauch aus.

Kein Wunder, denn der zusätzliche Einkommensspielraum der privaten Haushalte war im letzten Halbjahr so groß wie schon lange nicht mehr: „Die Effektivverdienste sind (daher) real mit gut 4 Prozent gegenüber dem vergleichbaren Vorjahresniveau sogar noch etwas stärker als nominal gestiegen. Dies war der höchste Zuwachs in den letzten 12 Jahren.“ Diese positive Entwicklung geht voll auf das Konto der Bundesregierung, die mit ihrer erfolgreichen Stabilitätspolitik die kräftigen Lohn- und Gehaltserhöhungen erst richtig zum Tragen kommen ließ.

Die Arbeitnehmer spüren die Politik der Bundesregierung im Geldbeutel: Zur ersten Stufe der Steuerreform 1986 stellt die Bundesbank fest: „Diese Steuersenkung brachte für die Arbeitnehmerhaushalte im ersten Halbjahr 1986 im Quellenabzug der

Lohnsteuer eine Entlastung um 4,5 bis 5 Milliarden DM mit sich.“

Auch die sozialpolitischen Maßnahmen der Bundesregierung hatten positive Effekte auf die konjunkturelle Entwicklung: Die Erhöhung der Renten, die Anhebung der Regelsätze für Sozialhilfe um 8 Prozent und die Aufstockung des Wohngeldes Anfang 1986 haben den Aufschwung maßgeblich mit unterstützt.

Kein Zweifel, der Blick in die Zukunft verheißt viel Positives. Die Perspektiven sind klar, denn die Bundesbank rechnet mit folgenden Erfolgsparametern:

- „Voraussichtlich werden die Nettoarbeitseinkommen insgesamt noch stärker wachsen als in der ersten Hälfte des Jahres, . . .“
 - „Auch nimmt die Beschäftigung weiter zu und trägt wie schon bisher zum Anstieg des verfügbaren Einkommens bei.“
 - „Darüber hinaus kommen den privaten Haushalten weiterhin die seit Anfang 1986 in Kraft getretenen Steuersenkungen zugute, deren Entlastungswirkung für das zweite Halbjahr auf etwa 6 Milliarden DM zu veranschlagen ist.“
 - „Per saldo erhalten die Rentner also ab Mitte des Jahres um 2,1 Prozent höhere Leistungen, . . .“
- Welcher zusätzlicher Beweise bedarf es da noch, die erfolgreiche Bilanz der Bundesregierung zu belegen?**

Rainer Barzel voll rehabilitiert

Die Staatsanwaltschaft bei dem Landgericht Frankfurt am Main hat dem Präsidenten des Deutschen Bundestages über den Bundesminister der Justiz mitgeteilt, daß sie das Ermittlungsverfahren gegen den früheren Bundestagspräsidenten Rainer Barzel wegen des Verdachts der Be-

Aufgespießt

Johannes Rau, SPD-Vizeparteichef, Ministerpräsident von Nordrhein-Westfalen und Kanzlerkandidat auf Abruf, hat vor den Landtagswahlen in Bayern appelliert: „Ich will am 25. Januar 1987 einen Volksentscheid über den Weg, den unser Land in den nächsten vier Jahren gehen soll. Das kann nur gelingen, wenn wir hier in Bayern kräftig zulegen.“ Nachdem die SPD in Bayern nicht nur nicht kräftig „zugelegt“, sondern im Gegenteil kräftig abgebaut hat, nur zur stärksten Splitterpartei geworden ist, scheint dem Kandidaten die Chancenlosigkeit seines Unterfangens endgültig bewußt geworden zu sein. Vollmundige schöne Reden ersetzen eben noch keine Handlungsfähigkeit! Trotzdem: Nach den Wahlen zum bayrischen Landtag erklärte der Kandidat trotzig: „Ich setze aufs Ganze!“ Führende SPDler erklären hinter vorgehaltener Hand: „Der Rau kann froh sein, wenn er Vogels Ergebnis von 1983 in die Scheuern fährt.“

teiligung an Steuerhinterziehungshandlungen eingestellt habe.

Zur Begründung heißt es in der Einstellungsverfügung, da es bereits an einer strafbaren Haupttat fehle, sei der gegen Rainer Barzel erhobene Vorwurf der Beihilfe zu Steuerhinterziehungshandlungen im Zusammenhang mit der Ausgestaltung und Abwicklung von Beratungsverträgen hinfällig. Bundestagspräsident Philipp Jenninger hatte bereits bei der Beratung des Berichts des I. Untersuchungsausschusses am 13. März 1986 im Deutschen Bundestag festgestellt, daß Dr. Barzel nicht gegen die Verhaltensregeln für Mitglieder des Deutschen Bundestages verstößen habe.

Lage des Mittelstandes hat sich deutlich verbessert

Zur Eröffnung einer handwerkspolitischen Großkundgebung in Krefeld hat der stellvertretende Vorsitzende der CDU/CSU-Bundestagsfraktion, Hansheinz Hauser (Krefeld) MdB, eine positive mittelstandspolitische Bilanz der ablaufenden Legislaturperiode gezogen.

Hauser wies zunächst auf die gleich zu Beginn der Legislaturperiode vorgenommenen Steuerentlastungen der Jahre 1983 und 1985 hin, die zum überwiegenden Teil kleinen und mittleren Unternehmen zugute gekommen sind. Ausbildungshemmende Vorschriften sind beseitigt und Maßnahmen zur Entbürokratisierung zielstrebig in Angriff genommen worden. Zusätzlich sind verbesserte Abschreibungsbedingungen für Wirtschaftsgebäude geschaffen und die steuerliche Förderung des selbstgenutzten Wohnungseigentums vom kommenden Jahr an verbessert worden. Die dadurch erreichte Belebung der Bauwirtschaft wird durch das nunmehr beratene Baugesetzbuch noch verstärkt. Die Verbesserung des Gesetzes gegen den unlauteren Wettbewerb bedeutet einen deutlichen Schritt in Richtung auf mehr Leistungswettbewerb. Dies ist in Verbindung mit der verstärkten Förderung von Existenzgründungen ein wesentlicher Impuls für die weitere Verbesserung der Wettbewerbsfähigkeit im Mittelstand.

Neben diesen direkt auf den Mittelstand bezogenen Maßnahmen darf die erfolgreiche Verbesserung der wirtschaftlichen Rahmenbedingungen nicht unterschätzt werden in ihrer Auswirkung auf die Leistungskraft des Mittelstandes, besonders

die seit 1983 wieder jährlich steigende Wachstumsrate, die begleitet ist von einem seit Jahren nicht mehr bekannten Maß an Preisstabilität. Durch die vom Bundesfinanzminister eingeleitete grundlegende Konsolidierung des Bundeshaushalts ist damit der unter der sozial-liberalen Regierung eingerissenen inflationären Entwicklung ein Ende gesetzt worden.

Zugleich hat der geringere Fremdkapitalbedarf des Bundes niedrigere Zinsen auf den Kapitalmärkten möglich gemacht und damit zusätzlich die private Investitionskraft gestärkt.

Das herausragende Ergebnis der wirtschafts- und mittelstandspolitischen Arbeit der Bundesregierung ist der Anstieg der Beschäftigungszahlen. Damit ist es nicht nur gelungen, das stetige Anwachsen der Arbeitslosenzahlen zu stoppen, sondern zugleich die Kurzarbeit auf ein nicht mehr nennenswertes Maß zurückzuführen. Alle diese Erfolge sind der gesamten Volkswirtschaft zugute gekommen und haben somit auch die Position des Mittelstandes entscheidend verbessert.

Als Schwerpunkt für die Fortsetzung der erfolgreichen Mittelstandspolitik der CDU/CSU-Bundestagsfraktion und der Bundesregierung in der kommenden Legislaturperiode bezeichnete Hauser vor allem den Bereich der Unternehmenssteuerung. „Hier muß ein Weg gefunden werden, der einerseits die dringend erforderliche Vereinfachung des Steuerrechts ermöglicht. Allerdings muß die Steuerreform auch die zu geringe Eigenkapitalbasis zahlreicher kleiner und mittlerer Betriebe berücksichtigen und einen Beitrag zu ihrer Verstärkung leisten.“

Lehrstellenbilanz: Eindrucksvolle Bestätigung unserer Politik

Die von Bundesministerin Dorothee Wilms vorgestellten Zahlen zur Ausbildungsplatzsituation zum Stichtag 30. September bestätigen eindrucksvoll die Politik der Bundesregierung.

Die Gesamtbilanz 1986 auf dem Ausbildungsstellenmarkt hat sich im Vergleich zu 1985 noch weiter verbessert. Die Zahl der unbesetzten Ausbildungsplätze stieg um 40,9 Prozent auf über 31 000. Die Zahl der noch nicht vermittelten Bewerber ging um über 20 Prozent auf 46 900 zurück. Diese erfreuliche Entwicklung hat dazu geführt, daß sich die Lücke zwischen Angebot und Nachfrage gegenüber dem vergangenen Jahr halbiert hat, von knapp 37 000 auf nur noch knapp 16 000. Bereits zum 30. 9. haben 93,5 Prozent aller Jugendlichen, die einen Ausbildungsort suchen, eine Lehrstelle erhalten. Es ist damit zu rechnen, daß bis zum Ende des Jahres über 96 Prozent aller Jugendlichen, die eine Lehrstelle suchen, eine Ausbildung beginnen können.

Angesichts der insgesamt positiven Entwicklung treten regionale Ungleichgewichte deutlicher hervor: Ein Beleg dafür ist die deutlich gestiegene Zahl unbesetzter Ausbildungsplätze. Mit Abstand am günstigsten ist die Situation in den Ländern Bayern und Baden-Württemberg, in diesen beiden Ländern ist die Zahl der unbesetzten Lehrstellen jeweils mehr als doppelt so groß wie die Zahl der noch nicht vermittelten Bewerber. Schwierig hingegen ist die Lage in Bremen, Niedersachsen und Nordrhein-Westfalen. 29 274 oder 62,4 Prozent der noch nicht vermittelten Ausbildungsbewerber kommen allein aus diesen drei Ländern. Für die nachfolgenden Jahre wird es daher

immer wichtiger, durch eine zukunftsweisende Infrastrukturpolitik Ausgleich zu schaffen. In diesem Zusammenhang mißt die Bundesregierung der regionalen Mobilität zunehmende Bedeutung zu. Denn es zeigt sich immer deutlicher, daß das größte Hemmnis für die notwendige regionale Mobilität der Jugendlichen die Sorge ist, am auswärtigen Ausbildungsort allein zu sein. Hier sind unkonventionelle Maßnahmen und private Initiativen erforderlich. Bundesministerin Dorothee Wilms wird daher in den nächsten Wochen mit Organisationen der Jugendsozialarbeit und Jugendverbänden über Möglichkeiten beraten, wie Jugendlichen, die auswärts einen Ausbildungsort wählen, geholfen werden kann.

Der Lehrstellenmarkt bleibt auch nach dem 30. 9. in Bewegung, die Vermittlungsanstrengungen gehen wie in den Vorjahren unvermindert weiter. Entsprechende Vorkehrungen wurden bereits getroffen:

- Die Arbeitsämter setzen ihre Vermittlungsbemühungen intensiv fort. Hier geht es insbesondere darum, das große Potential der bisher noch unbesetzten Ausbildungsplätze möglichst optimal zu nutzen.
- Wirtschaft und Verwaltungen werden Ausbildungsbewerber, die in Folge von Mehrfachzusagen von Jugendlichen freibleiben sind bzw. durch vorzeitige Vertragslösung insbesondere in der Probezeit freiwerden, nach- und wiederbesetzen.
- Die Länder führen ihre bestehenden Programme zur Förderung der politischen Ausbildung bedarfsgerecht fort und tragen außerdem durch vollzeitschulische Maßnahmen in Defizitregionen zu

einer Entlastung des Lehrstellenmarktes bei.

■ Der Bund wird seinen Beitrag erneut im Rahmen des Benachteiligtenprogramms leisten. Im Regierungsentwurf für den Bundeshaushalt 1987 sind für dieses Programm 407 Millionen Mark vorgesehen, dies bedeutet eine Steigerung gegenüber 1986 um 72 Millionen Mark. Die Aufstockung der Mittel wird vorrangig Regionen mit besonders schwieriger Ausbildungsplatzsituation zugute kommen.

In den nächsten Jahren wird die Zahl der Schulabgänger stark sinken. Deshalb ist damit zu rechnen, daß die Nachfrage

nach Ausbildungsplätzen 1987 und in den Folgejahren deutlich zurückgehen wird. Schon 1990 wird die Gesamtnachfrage im Bundesgebiet voraussichtlich die 600 000-Grenze unterschreiten. Dies bedeutet, daß sich dann rund 150 000 Jugendliche weniger um betriebliche Ausbildungsplätze bewerben als in diesem Jahr. Dann wird sich zeigen, wie gut die Betriebe beraten waren und sind, die über den aktuellen Eigenbedarf Fachkräfte hinaus ausbildeten. Die in diesem Jahr noch zu erwartende Zahl von fast 700 000 neu abgeschlossenen Ausbildungsverträgen wird die von der SPD prognostizierte Katastrophe erneut widerlegen.

Umweltschutzinvestitionen weiter gestiegen

Nach der jährlichen Investitionsstatistik der Bundesländer sind die nach § 7 d Einkommensteuergesetz sonderabschreibungsfähigen Umweltschutzinvestitionen der gewerblichen Wirtschaft auch im Jahre 1985 weiter um 230 Mio. DM auf über 3,8 Mrd. DM angestiegen.

Den stärksten Anteil an dieser Aufwärtsentwicklung hatten im Jahre 1985 mit 61% oder rund 2,3 Mrd. DM die Maßnahmen zur Verbesserung der Luftqualität. Für den Gewässerschutz investierten die Unternehmen 1985 rund 1 Mrd. DM. Auf die Maßnahmen zur Abfallbeseitigung entfiel ein Betrag von rund 403 Mio. DM. Hier lagen mit 38 % auch die höchsten Steigerungsraten gegenüber 1984. Für ein Investitionsvolumen von ca. 90 Mio. DM nahmen die Unternehmen in 1985 Sonderabschreibung auf Lärmschutzanlagen in Anspruch.

Bundesumweltminister Walter Wallmann begrüßte diese Entwicklung und erklärte hierzu: „Jede einzelne Umweltschutzinvestition stellt einen konkreten Beitrag zur Verbesserung der Umweltqualität dar.

Seit 1982 können wir bei den Umweltschutzinvestitionen einen ungebrochenen Aufwärtstrend verzeichnen. Diese positive Entwicklung in den vergangenen Jahren ist ein Ergebnis der konsequenten Umweltpolitik der Bundesregierung. In den ersten drei Jahren der zu Ende gehenden Legislaturperiode wurden aufgrund dieser anspruchsvollen Umweltpolitik mehr Umweltschutzinvestitionen (rd. 9,7 Milliarden DM) hervorgerufen als in dem vorangegangenen 8-Jahres-Zeitraum seit Beginn der § 7 d-Statistik im Jahre 1975 (rd. 9,3 Milliarden DM).“

233,7 Millionen Mark für Bonn

Der Bund wird 1987 mehr als 233 Millionen Mark in Bonn investieren. Der Haushaltsausschuß des Deutschen Bundestages bewilligte jetzt diese höchste jemals in einem Jahr veranschlagte Summe sowohl für Projekte zum Ausbau der Bundeshauptstadt als auch für laufende kulturelle Zuschüsse nach dem Bonn-Vertrag.

Helmut Kohl: Der ländliche Raum hat Zukunft

Das Schicksal unserer Bauern ist eng verbunden mit dem der Gesellschaft insgesamt. Wir wollen keine Gesellschaft, in der Arbeitsplätze praktisch nur noch bei ganz großen Betrieben bestehen. Wir brauchen die breite Schicht von Selbständigen, wir brauchen den Landwirt mit seinem Hof, stellte Helmut Kohl auf einer Zielgruppenveranstaltung der CDU für den ländlichen Raum vor 6000 Zuhörern in Oldenburg fest.

Ernst Albrecht hat in einer eindringlichen und einprägsamen Weise die Probleme, vor denen wir stehen, dargelegt und kommentiert. In der Politik für die Bauern gibt es kaum einen kenntnisreicherem und engagierteren Repräsentanten der Landespolitik in Deutschland.

Auf dem Luxemburger Gipfel im Dezember haben wir beschlossen, den europäischen Binnenmarkt im ersten Drittel der 90er Jahre einzuführen. Das darf aber nicht zur Folge haben, daß bei der Entwicklung europäischer Politiken die Agrarpolitik — wie bisher — für sich allein genommen isoliert und vorangetrieben wird. Gerade das hat nämlich dazu geführt, daß die Bauern die Prügelknaben europäischer Entwicklung geworden sind, und das kann niemals unsere Politik sein. Wir sind uns darüber im klaren, daß wir unsere Interessen in Brüssel mit jedem nur denkbaren Nachdruck vertreten müssen. Denn es ist für uns unannehmbar, daß bestimmte gesellschaftliche Gruppen — wie die Bauern — von Brüssel aus eindeutig benachteiligt werden.

Wir müssen in Europa für alle Schichten unserer Bevölkerung, vor allem also auch

für die Bauern den richtigen Weg finden. Und die Landwirte müssen wissen: Sie haben dafür in Ignaz Kiechle einen exzellenten Anwalt.

Ignaz Kiechle ist wirklich ein Landwirt und Bauer, der weiß, wovon er redet, und wie wichtig die Bauernschaft für unser Volk ist. Er ist eben nicht am grünen Tisch im Ministerium ihren Problemen entwachsen, sondern er ist einer der ihnen geblieben. Zusammen mit ihm haben wir — vor allem zur Unterstützung für die kleineren und mittleren Betriebe — eine ganze Menge auf den Weg gebracht: Erhöhung der Vorsteuerpauschale als Ausgleich für den Teilabbau des Währungsausgleichs auf deutscher Seite, Verbesserung der Einkommenshilfen in benachteiligten Gebieten, steuerliche Entlastungen zur sozialen Absicherung des Strukturwandels, Erhöhung der Mittel für die Altershilfe und spürbare Entlastung kleiner und mittlerer Betriebe von Sozialbeiträgen, Sicherung der landwirtschaftlichen Unfallversicherung, Einführung einer Niederlassungsbeihilfe für junge Landwirte sowie Erweiterung einzelbetrieblicher Förderung und damit Kostenentlastung der Betriebe.

Das ergibt ein Gesamtvolumen von vielen Milliarden. Darüber hinaus haben wir einen Beitrag geleistet, um den finanziellen Spielraum der Europäischen Gemeinschaft zu verbessern und die Marktordnung überhaupt wieder finanziert zu machen. Auch eine Garantiemengenregelung für die Milch haben wir eingeführt, ohne die der Zusammenbruch dieses Marktes unausweichlich gewesen wäre. Wir sind ein gutes Stück vorangekommen, aber es gibt da kein Patentrezept.

Deswegen wurde immer großer Wert darauf gelegt, daß wir mit der berufsständischen Vertretung der Bauern auf das engste zusammenarbeiten.

Unser Ziel ist die Harmonisierung der Wirtschafts- und Währungspolitik in der EG. Solange dies nicht erreicht ist, ist der Währungsausgleich unverzichtbar. Darüber hinaus wollen wir eine allmähliche Marktentlastung herbeiführen, ohne die Absicherung der Einkommen über den Preis aufzugeben. Andere Berufsgruppen haben ihr Einkommen seit Mitte der 70er Jahre erheblich steigern können. Die Landwirte gehören nicht dazu. Deswegen müssen wir die Probleme jetzt anpacken. Wir müssen wieder eine mittel- und langfristige Perspektive gewinnen.

Die von der SPD geforderte Politik der Preissenkung ist dafür das falsche Mittel. Sie führt zur Vernichtung von vielen bäuerlichen Existzenzen und findet schon deshalb nicht unsere Unterstützung. Unser Ziel muß bleiben, den leistungsfähigen bäuerlichen Familienbetrieb als Voll-, Zu- und auch als Nebenerwerbsbetrieb zu erhalten.

Das ist nicht nur eine rein wirtschaftliche Frage des Tages, das ist eine gesellschaftspolitische Frage von weitreichender Bedeutung. Der Bauer steht für das Prinzip Eigentum. Ein Bauer kann auf die Dauer seine Existenz nur sichern, wenn er versucht, sein Eigentum zu bewahren, sein Feld, seine Wiesen, seinen Wald mit den Augen seines Enkels zu betrachten. Eine solche Blickweise gehört schließlich auch zu den staatstragenden Grundideen.

Aber nur wenn die allgemeinen Rahmenbedingungen in Ordnung gebracht werden — und dafür setzen wir uns ein — hat die Landwirtschaft eine Chance, bleibt der Bauer ein freier Mann auf seiner Scholle. Und nur der bäuerliche Familienbetrieb, der ja das Klima eines großen Teils unseres Landes beeinflußt, ist

in der Lage, die Attraktivität des sogenannten ländlichen Raumes, in dem die Hälfte der Bürger der Bundesrepublik lebt, zu erhalten.

Wer den bäuerlichen Familienbetrieb nicht bewahren will, der vergißt: auch im Blick auf eine gesunde Umwelt gibt es dazu für die nächste Generation keine Alternative. Denn wer soll sonst eigentlich dafür einstehen? Die verschiedenen Beispiele kommunaler Umweltpflege kosten viel Geld, sind aber oft nicht mehr als ansprechende Versuche. Auch deshalb müssen wir gemeinsam Front machen gegen alle jene Parolen die Bauern seien zu bloßen Subventionsempfängern geworden. Die Existenz des bäuerlichen Betriebes ist aber heute auch nicht mehr denkbar ohne die Aufgaben, die die Landfrauen auf dem Hof übernommen haben. Ohne ihre Mitarbeit in der Buchhaltung, im Schriftwechsel, Direktverkauf und bei vielen anderen Dingen, könnte der Familienbetrieb in unseren Tagen nicht erhalten werden. Deswegen war bei unseren Diskussionen über Erziehungsgeld, Erziehungsurlaub, Anerkennung von Kindererziehungszeiten im Rentenrecht immer ein wichtiger Aspekt, inwieweit davon auch der bäuerliche Familienbetrieb profitieren würde.

Ein entscheidendes Stück Zukunft in der weiteren Entwicklung der Landwirtschaft verheißt der verstärkte Anbau von Defizitprodukten. Die Schaffung von neuen Absatzwegen für nachwachsende Rohstoffe im industriell gewerblichen Bereich steht dabei mit im Vordergrund. Wir müssen alle sinnvollen Möglichkeiten für neue Einkommensquellen nutzen. Zum Beispiel durch Pflege von Natur und Umwelt, Schutz von Boden, Wasser und Luft.

Der ländliche Raum hat seine Zukunftschancen. Wir müssen ihm seine Vitalität bewahren!

Ein stolzes Ergebnis: CDU sammelt 4,6 Millionen für Entwicklungshilfe

Der Kampf gegen Hunger und Armut in der Welt stellt für die Christlich Demokratische Union Deutschlands eine besondere Herausforderung dar. Aus diesem Grund hat die CDU vor vier Jahren die Aktion „Dritte Welt“ ins Leben gerufen. Seitdem wurden mehr als 4,6 Millionen DM von 162 Kreisverbänden für insgesamt 253 Entwicklungshilfeprojekte in 49 Ländern gesammelt.

Mit dieser Aktion hat die CDU überall in der Bundesrepublik Deutschland Anstöße für private Initiativen in der Entwicklungshilfe gegeben. Besonderer Dank gebührt den zahllosen ehrenamtlichen Helfern an der Parteibasis, ohne deren unermüdlichen Einsatz die Aktion „Dritte Welt“ undurchführbar gewesen wäre, erklärte der Vorsitzende des Bundesfachausschusses „Entwicklungspolitik“, **Karl Lamers**.

Die aktiv beteiligten CDU-Mitglieder geben damit zugleich eine persönliche Antwort auf den Beschuß des Hamburger Bundesparteitages der CDU vom November 1981: „Wir müssen anders leben, damit andere überleben“.

Die CDU will mit ihrer Aktion auf die Bedeutung der Dritten Welt für die Zukunft unseres eigenen Landes in Partei und Öffentlichkeit hinweisen. Bei der CDU-Aktion „Dritte Welt“ geht es nicht um Millionenprojekte, sondern um eine möglichst große Zahl überschaubarer und überzeugender Einzelvorhaben, die dazu beitragen, die wirtschaftliche und soziale Not in der Dritten Welt zu lindern. Ziel ist es, konkrete Hilfe zur Selbsthilfe zu leisten.

Folgende Projekte wurden bisher von der CDU gefördert:

■ **Land- und Fischereiwirtschaft:**

Bau von Brunnen, Bewässerungsanlagen und Vorratshäusern; Ankauf von Land, landwirtschaftlichen Maschinen, Ackergeräten und Saatgut; Anschaffung von Fischerbooten und Netzen

■ **Gesundheitswesen:**

Ausbau von Krankenhäusern; Unterstützung bei laufenden Kosten zur Sicherung der medizinischen Versorgung; Kauf von Krankenwagen, Rollstühlen und Medikamenten; Einrichtung von Leprastationen, Behindertenheimen und Sozialstationen; Brillensammlungen

■ **Bildung und Ausbildung:**

Einrichtung und Unterstützung von Vorschulkindergärten, Kinder- und Jugenddörfern; Bau von Schulen und Ausbildungszentren; Patenschaften für Kinder; Übernahme der Kosten für Schulspeisung

■ **Handwerk und Gewerbe:**

Kauf von neuen oder Überlassung gebrauchter Maschinen und Werkzeuge

Die Mittel für die Aktion „Dritte Welt“ wurden von den einzelnen CDU-Verbänden durch Sammlungen, Informationsveranstaltungen, Seminare und Ausstellungen, Verkauf von Waren aus der Dritten Welt und eigenen Handarbeiten auf Basaren und Straßenfesten sowie durch gesellige Feste, Theateraufführungen und Rockkonzerte aufgebracht. Bei 98 Projekten dauert die Unterstützung noch an; 44 neue Projekte sind bereits wieder von den Kreisverbänden geplant.

Die CDU tritt mit ihrem Engagement nicht in Konkurrenz zu kirchlichen Hilfs-

Fraktion: Vorschläge für Terrorismusbekämpfung

Die CDU/CSU-Bundestagsfraktion hat auf Vorschlag ihres Vorsitzenden Alfred Dregger eine Arbeitsgruppe unter Leitung des stellvertretenden Fraktionsvorsitzenden Karl Miltner eingesetzt, die konkrete Vorschläge zu einer wirksamen Bekämpfung des Terrorismus unterbreiten soll.

Sie wird ihre Arbeit unverzüglich aufnehmen. Erwogen wird:

- europäische Fahndungsunion — über Interpol hinaus,
- Ausbau der Möglichkeiten der Rasterfahndung,
- Verbesserung der Koordinaten im Bereich der Terrorismusbekämpfung,
- zügiger und unbürokratischer Datenaustausch, bei Beachtung der berechtigten Belange des Datenschutzes, zwischen Behörden, die über konkrete Erkenntnisse verfügen,
- verstärkter Einsatz von V-Leuten,
- Einführung des Kronzeugen,
- Ausbau der öffentlichen Fahndung unter Einsatz von Presse, Rundfunk und Fernsehen.

Auch dieser Arbeitsbericht soll — wie derjenige zur Sicherung der Demonstra-

werken oder anderen Entwicklungshilfeorganisationen, sondern arbeitet mit diesen intensiv zusammen. Auf diese Weise sind enge Kontakte entstanden zur evangelischen und katholischen Kirche in der Bundesrepublik Deutschland und in der Dritten Welt sowie zu den kirchlichen Hilfswerken, zu staatlichen oder sonstigen Entwicklungshilfeinstitutionen, Dritte-Welt-Gruppen und Solidaritätskomitees.

tionsfreiheit — nach Fertigstellung den Parteivorsitzenden der CDU und CSU zur Berücksichtigung bei den Koalitionsverhandlungen nach der Bundestagswahl zugeleitet werden.

Kernkraftgegner sind meist „reisende Demonstranten“

Insgesamt 505 Kernkraftgegner sind bei den Blockadeaktionen gegen die Wiederaufbereitungsanlage für atomare Brennstoffe in Wackersdorf zwischen dem 16. und dem 19. Oktober festgenommen worden. In einer Bilanz, die die Einsatzleitung der Polizei in Wackersdorf veröffentlichte, hieß es, alle 505 Festgenommenen würden angezeigt. Aus der Polizeibilanz geht hervor, daß nur 42 von den 505 Festgenommenen aus dem Landkreis Schwandorf stammen. Die Mehrzahl kam aus Norddeutschland, vor allem aus Berlin, Hamburg, Hannover und Köln. Es habe sich im wesentlichen um „reisende Demonstranten“ gehandelt, sagte ein Sprecher. Der Sachschaden, der bei den Aktionen der Kernkraftgegner bei den Blockadetagen verursacht wurde, betrage mehrere hunderttausend Mark.

Robert-Schuman-Medaille für Helmut Kohl

Der Vorsitzende der EVP-Fraktion im Europäischen Parlament, Egon Klepsch, hat Bundeskanzler Helmut Kohl die Robert-Schuman-Medaille verliehen. Die Auszeichnung wurde in diesem Frühjahr von der EVP-Fraktion gestiftet aus Anlaß der 100. Wiederkehr des Geburtstages des großen französischen Politikers, der zu den Gründervätern der Europäischen Gemeinschaft zählte. Mit ihr werden Persönlichkeiten geehrt, die sich herausragende Verdienste um die europäische Einigung erworben haben.

Parteitagsbeschuß

Auf Grund eines Versehens ist der Antrag C 1 (Junge Union) in der letzten Ausgabe des UID nicht veröffentlicht worden. Hier der volle Wortlaut:

Beschluß Nr. C 1

1. Heute, mehr als 13 Jahre nach dem blutigen Militärputsch vom 11. September 1973, leidet das mit einer großen demokratischen Tradition ausgestattete chilenische Volk noch immer unter einer brutalen Militärdiktatur.

Der 34. Parteitag der Christlich Demokratischen Union Deutschlands verurteilt die schweren Verletzungen der Menschenrechte und der demokratischen Grundsätze durch das Pinochet-Regime. Wir bekunden unsere Hochachtung für den aufopferungsvollen Einsatz aller oppositionellen Demokraten in Chile. Wir gedenken der Menschen, die diesen Einsatz mit dem Leben bezahlt haben müssen.

2. Die CDU Deutschlands erhebt mit den Unterzeichnern der „Nationalen Übereinkunft zur Wiederherstellung der Demokratie in Chile“ unter Kardinal Juan Francisco Fresno folgende Forderungen:

- sofortige Aufhebung des Ausnahmezustandes
- vollständige Wiederherstellung aller bürgerlichen Freiheiten
- Freilassung aller politischen Gefangenen
- Wiedereinsetzung der verfassungsmäßigen Garantien
- freie Betätigung für alle demokratischen Parteien
- Fortentwicklung einer Verfassungsreform mit dem Ziel freier Parlaments- und Präsidentschaftswahlen vor 1989
- 3. Die CDU Deutschlands unterstützt die Forderung nach einem nationalen Dialog

zur Wiederherstellung der demokratischen Ordnung in Chile. Wir appellieren an die reformfreudigen Kräfte im Militär, sich diesem gewaltfreien Weg der Demokraten anzuschließen und ihre Loyalität gegenüber der politischen und militärischen Führung aufzukündigen.

4. Die CDU Deutschlands fordert alle demokratischen Staaten der Welt auf, in einer konzentrierten Aktion den politischen Druck auf das Unrechtsregime in Santiago zu verstärken. Die Bundesregierung ist aufgefordert, entsprechende Maßnahmen im Rahmen der Europäischen Gemeinschaft zu ergreifen.

5. Wir bekunden besondere Verbundenheit mit unseren christdemokratischen Freunden in Chile und ermuntern sie im Kampf für eine friedliche demokratische Entwicklung in ihrem Heimatland nicht nachzulassen. Keine Diktatur kann unserem Glauben an die Freiheit widerstehen, wenn die Zeit für sie reif geworden ist. Das Unrechtsregime in Chile wird ein Ende haben.

Bundesregierung gibt gutes Beispiel

Diese Bundesregierung spricht nicht nur über Umweltschutz, sie geht auch mit gutem Beispiel voran, erklärte der haushaltspolitische Sprecher der CDU/CSU-Bundestagsfraktion, Manfred Carstens (Emstek).

212 Fahrzeuge bei den obersten Bundesbehörden sind inzwischen als schadstoffarm einzustufen. Das sind knapp die Hälfte aller Fahrzeuge. Der restliche Fahrzeugbestand ist entweder technisch nicht mehr umrüstbar oder eine Umrüstung ist aus wirtschaftlichen Gründen nicht vertretbar, weil eine Aussonderung spätestens Ende 1987 ansteht. Dies beweist, die Umstellung erfolgt rasch. Es wird gehandelt.

Schlimme, falsche Wörter

Ein vom Dienst kommender Feuerwehrmann sah ihn unweit des Tatorts auf der Straße liegen sechs Seiten, ein Deckblatt mit jenem fünfzackigen Stern, in dem quer eine Maschinenpistole liegt, darunter „Kommando Ingrid Schubert“.

Es ist der „Bekennerbrief“, das Schreiben also, in dem die Möder ihren Mord an dem Ministerialdirektor Gerold von Braunmühl gestehen, ihn zugeben, ihn gar mit unüberbietbarem, politisch verbrämt Zynismus begründen wollen.

Das Wort „Bekennerbrief“ hat mittlerweile Eingang in den Duden gefunden, als Brief, in dem sich „jemand zu einem (politischen) Verbrechen bekenn“t. Wie sollte man ein derartiges Schriftstück anders nennen, es treffender und auch richtiger bezeichnen, ohne den Beigeschmack der Verniedlichung?

Sich zu etwas bekennen, bedeutet vorrangig, daß man etwas für gut, richtig hält, daß man an etwas glaubt. Man bekenn sich zum Christentum, zu einer Partei, zur Wahrheit. Aber auch zu einem feigen hinterhältigen Mord?

In der hergebrachten juristischen Literatur gibt es den „Bekennerbrief“ nicht. Im Strafprozeßrecht spricht man vom Geständnis. In den Medien taucht der „Bekennerbrief“ immer wieder auf. Die Polizei benutzt ihn, auch der Generalbundesanwalt. Und alle beschleicht Unbehagen. Lange hießen die Möder Andreas Bader und Ulrike Meinhof samt terroristischem Anhang „Gruppe“. Erst dann „Bande“. „RAF“ soll „Rote Armee Fraktion“ bedeuten. Armee? Fraktion? Von Armee kann keine Rede sein, wenn man eine Verbrennerorganisation meint. Und von Parteivertretung in einem Parlament noch weniger. Also Bruchstück, Bruchteil? Wovon? Von nichts. Und dennoch wird im fahrlässigen Umgang mit der Sprache den Mördern ein ums andere Mal so etwas wie der Kombattantenstatus zuerkannt.

Dennoch sagen und schreiben wir „Bekennerbrief“ und „Rote Armee Fraktion“, wo

wir pseudopolitische Mordgeständnisse und Mörderbande meinen. Die Anführungsstriche, so sie überhaupt verwendet werden, nehmen nur wenig von jener sprachlichen Ohnmacht, die sich hier zeigt.

Was ist ein „Sympathisantenumfeld“? Mit Sympathie hat es nichts zu tun, wenn ein Noch-Nicht-Mörder dem Mörder das Mordwerkzeug besorgt.

Semantikos meint im Griechischen „bezeichnend, anzeigen“. Es ist keine semantische Haarspaltere, wenn man feststellt, daß wir Worte wie „Bekennerbrief“ trotz deutlichen Unbehagens benutzen. Es ist aber vielleicht bezeichnend, daß wir noch kein treffenderes, kein wirklich zutreffendes, gefunden haben.

(Bonner General-Anzeiger, 13. 10. 1986)

Rückfall in medienpolitische Steinzeit

Der medienpolitische Sprecher der CDU/CSU-Bundestagsfraktion, Dieter Weirich (Eschwege), hat der IG Druck und Papier einen „Rückfall in die medienpolitische Steinzeit“ und einen „freiheitsfeindlichen Kurs“ vorgeworfen. In einer Stellungnahme zum Bundeskongreß dieser Gewerkschaft in Essen sagte Weirich, die Forderung der IG Druck nach Verstaatlichung privater Medienunternehmen und nach Umwandlung in öffentlich-rechtliches oder genossenschaftliches Eigentum dokumentiere, daß die IG Druck und Papier ihre radikale Richtung noch verschärfe. Nur wo die Presse privatwirtschaftlich organisiert werde, sei sie auch wirklich frei.

Abschließend beschuldigte Weirich die IG Druck und Papier, geltendes Recht verletzen zu wollen. Wer sich für Betriebsbesetzungen ausspreche, der stehe „mit dem Recht auf Kriegsfuß“.

Auf in den Winterwahlkampf:

Uns erwartet ein anstrengender Winterwahlkampf. Viele der sonst üblichen Aktionen sind nur schwer durchführbar, wenn es draußen regnet, stürmt oder schneit. Und bei einem Wahlkampf auf der Straße muß man sich schon einiges einfallen lassen, um die Passanten dazu zu bewegen, sich Informationsmaterial zu holen und Gespräche mit dem Bundestagskandidaten und seinen Helfern zu führen.



In unserem neuen CDU-Winter-aktionshandbuch finden Sie eine ganze Reihe von Anregungen, die Ihnen die Chance geben, sich trotz aller witterungsbedingter Widrigkeiten erfolgreich an die Bürger zu wenden. Die meisten Aktionen sind von verschiedenen CDU-Verbänden bereits erprobt worden.

CDU-Winteraktionshandbuch

Mindestabnahme: 10 Expl.
Preis pro Mindestabnahme: 6,— DM
Bestell-Nr.: 4910



Neue Wahlkampfformen

Winter
Wahlkampf



Neue Werbemittel für den Winter

In der Adventszeit erinnern sich viele Menschen wieder gerne an traditionelle Weihnachtslieder. Die CDU-Bundesgeschäftsstelle hat deshalb eine Reihe von Liedern im neuen **Advents- und Weihnachtsliederbuch** für Sie ausgewählt.

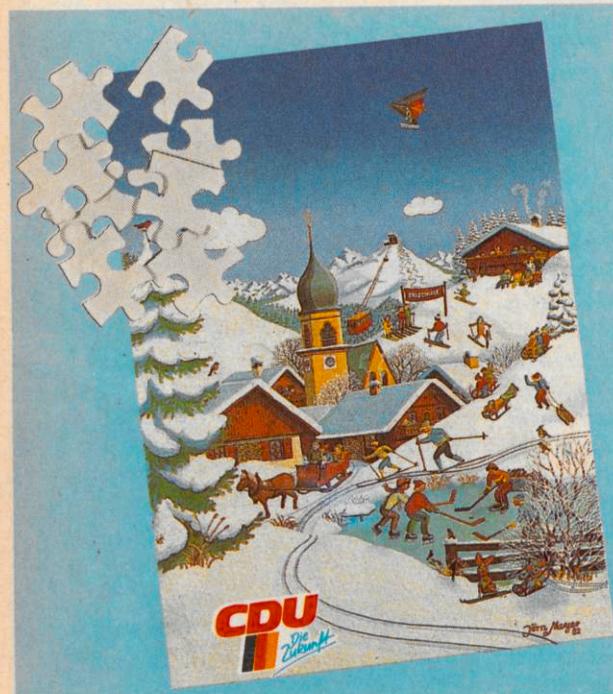
Advents- und Weihnachtsliederbuch

Mindestabnahme: 50 Expl.

Preis pro

Mindestabnahme: 21,40 DM

Bestell-Nr.: 2867



Die Winterzeit — für die meisten Menschen die Jahreszeit, in der man gemütlich im Familien- oder Freundeskreis zusammensitzt.

Um vor allem auch die Kinder auf angenehme Weise zu unterhalten, bietet die CDU das neue **Winter-Puzzle** an, das für jung und alt immer wieder Abwechslung bringt.

Winter-Puzzle

Mindestabnahme: 25 Expl.

Preis pro Mindest-

abnahme: 25,— DM

Bestell-Nr.: 9880

Achtung: Einige der hier vorgestellten neuen Werbemittel sind z. Z. noch in der Produktion. Die Auslieferung erfolgt sofort nach Fertigstellung.



Im Dezember läuft — wie in jedem Jahr — der Weihnachts- und Neujahrspostverkehr auf Hochtouren. In diesem Jahr können Sie auf vier **CDU-Postkarten** zurückgreifen.

CDU-Postkarten

Mindestabnahme: 100 Expl.
(vier Motive je 25 Expl. = 100)

Preis pro Mindestabnahme: 12,70 DM
Bestell-Nr.: 9923

Denken Sie bei Ihren Planungen auch an unseren Wahlkampfratgeber zur Unterstützung Ihrer aktiven Arbeit vor Ort. Die **Neuen Wahlkampfformen** liegen in einem Set von sechs Broschüren für Sie bereit.

Wahlkampfformen

Mindestabnahme: 1 Set
Preis: 3,— DM
Bestell-Nr.: 4866

CDU-Becher

Auch an das leibliche Wohl haben wir gedacht: Bieten Sie den Passanten am Canvassing-Stand heiße Getränke im **CDU-Becher** an.



Mindestabnahme: 100 Stck.
Preis pro Mindestabnahme: 13,— DM
Bestell-Nr.: 9922

Mit der CDU „fit in den Winter“!



In diesem Winterwahlkampf muß kein aktiver Wahlkämpfer frieren: Mit unserer neuen **CDU-Mütze** und dem bewährten **CDU-Schal** sind Sie nicht nur gegen die Kälte bestens gerüstet, sondern machen außerdem damit auch noch auf sehr attraktive Weise Werbung für die CDU.



CDU-Mütze

Mindestabnahme: 1 Expl.
Preis: 8,50 DM
Bestell-Nr.: 9812

CDU-Schal

Mindestabnahme: 5 Expl.
Preis pro Mindestabnahme: 40,50 DM
Bestell-Nr.: 9362

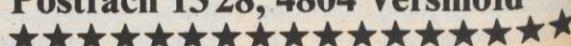
Mit dem **CDU-Eiskratzer** können Sie in den kommenden kalten Monaten für „klare Sicht nach vorn“ sorgen.

CDU-Eiskratzer

Mindestabnahme: 100 Expl.
Preis pro Mindestabnahme: 51,— DM
Bestell-Nr.: 9890

Alle Bestellungen an:

**IS-Versandzentrum,
Postfach 13 28, 4804 Versmold**



Briefwahl

**Am 25. Januar braucht
Deutschland Ihre Stimme:**



**Wählen Sie
schon jetzt:
Per Brief!**



Mindestabnahme: 500 Expl.

Preis pro Mindestabnahme: 45,50 DM

Bestell-Nr.: 2919

Bei der bevorstehenden Bundestagswahl braucht die CDU jede Stimme!

Deshalb sollten Sie die Wähler möglichst bald mit der Möglichkeit der Briefwahl vertraut machen. Der Briefwahlprospekt weist darauf hin.

Neues „CDU Extra“ für die Landwirte

„Wer nicht wählt, wählt Rot-Grün“ — so lautet die Überschrift eines Artikels im neuen „CDU Extra“, das die Bundesgeschäftsstelle herausgegeben hat. Die CDU will mit dieser Veranstaltung ihr kontinuierliches Engagement für die Landwirtschaft und den ländlichen Raum unterstreichen.

Auf einer Großveranstaltung „Landwirtschaft hat Zukunft“ am 11. Oktober 1986 in Oldenburg, an der Bundeskanzler Helmut Kohl (siehe auch Artikel „Der ländliche Raum hat Zukunft“), Bundesminister Ignaz Kiechle und der niedersächsische Ministerpräsident Ernst Albrecht teilnahmen, wurde



Auch die vielen im Ausland lebenden Deutschen haben erstmals das Recht, vom Ausland aus den Deutschen Bundestag zu wählen. Die CDU-Bundesgeschäftsstelle hat eine Broschüre dazu herausgegeben.



Mindestabnahme: 100 Expl.

Preis pro Mindestabnahme: 7,— DM

Bestell-Nr.: 2847

Sollten Sie noch Rückfragen haben, stehen Ihnen unsere Mitarbeiter in Bonn jederzeit unter den Rufnummern (02 28) 54 42 53 und (02 28) 54 45 03 zur Verfügung.

das Extra-Blatt verteilt und fand lebhaftes Interesse.

Wer das neue „CDU Extra“ im Format DIN A4 bestellen möchte, wende sich an **IS-Versandzentrum, Postfach 13 28 4804 Versmold**

Mindestabnahme: 100 Stück

Preis pro Mindestabnahme: 12,50 DM

Bestell-Nr.: 2913

CDU-Fahne mit neuem Signet

Die CDU-Fahne im Format 3 x 2 m gibt es jetzt mit dem Signet „CDU – Die Zukunft“.

Mindestabnahme: 1 Exemplar

Preis pro Mindestabnahme: 62,— DM

Bestell-Nr.: 0414

UNION BETRIEBS GMBH
POSTFACH 2449
5300 BONN 1

Zielgruppenveranstaltung Frauen

Unter dem Motto „Die neue Partnerschaft zwischen Mann und Frau — ohne Frauen ist kein Staat zu machen —“ findet am Samstag, dem 8. November 1986, in den Oberrheinhallen in Offenburg die Zielgruppenveranstaltung Frauen statt. Als Hauptredner werden Bundeskanzler Helmut Kohl, Bundesministerin Rita Süssmuth sowie Generalsekretär Heiner Geißler erwartet. In neun Foren werden die Perspektiven der CDU-Frauenpolitik deutlich gemacht und diskutiert.

Weitere Zielgruppenveranstaltungen sind:

- **Mittwoch, 5. 11. 1986, in der Rhein-Mosel-Halle in Koblenz für die Zielgruppe Senioren — Mitte,**
- **Samstag, 15. 11. 1986, in der Stadthalle in Düsseldorf für die Zielgruppe Mittelstand,**
- **Samstag, 22. 11. 1986, in den Messehallen West 6—8 in Köln für die Zielgruppe Jugend,**
- **Mittwoch, 26. 11. 1986, in der Eilenriedehalle in Hannover für die Zielgruppe Senioren — Nord**
- **Mittwoch, 3. 12. 1986, in der Stadthalle in Freiburg für die Zielgruppe Senioren — Süd**
- **Samstag, 13. 12. 1986, in den Messehallen 4 + 5 in Stuttgart-Killesberg für die Zielgruppe Arbeitnehmer.**

Bei allen Veranstaltungen, ausgenommen die in Hannover und Freiburg, wird als Hauptredner der Parteivorsitzende, Bundeskanzler Helmut Kohl, erwartet.

Anmeldungen für die Zielgruppenveranstaltung Frauen und für die einzelnen Foren sowie für die übrigen Zielgruppenveranstaltungen sind zu richten an die CDU-Bundesgeschäftsstelle, Abteilung Organisation, 5300 Bonn 1.

32/86

UNION IN DEUTSCHLAND — Informationsdienst der Christlich Demokratischen Union Deutschlands.
Für den Inhalt verantwortlich: Axel König, **Redaktion:** Rolf Streubel, Konrad-Adenauer-Haus, 5300 Bonn, Telefon (02 28) 54 41, Btx-Nr. * 54411 # **Verlag:** Union Betriebs GmbH, Friedrich-Ebert-Allee 73-75, 5300 Bonn, Telefon (02 28) 23 40 91. **Vertrieb:** Telefon (02 28) 5 44-3 04. **Verlagsleitung:** Dr. Uwe Lüthje. **Bankverbindung:** Sparkasse Bonn, Konto Nr. 7 504 152 (BLZ 380 500 00), Postgirokonto Köln Nr. 2214 31-502 (BLZ 370 100 50). **Abonnementspreis:** jährlich 48,— DM. **Einzelpreis:** 1,20 DM. **Druck:** VVA-Druck, Düsseldorf.